

Dringlichkeitsantrag: Grün PUR: Unser 10-Punkte-Plan!

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Wir leben in Zeiten, in denen sich vieles geändert hat: Bedrohliches wie das
2 Fortschreiten des Klimawandels und des Artensterbens, Rückschritte in der
3 Demokratie weltweit oder neue große Kriege, auch in unserer Nachbarschaft. Aber
4 es gibt auch Positives, wie Fortschritte beim Ausbau der Erneuerbaren Energien,
5 mehr Solidarität und zumindest teilweise mehr Bewusstsein für die Notwendigkeit
6 des Zusammenhaltes und Schutzes der Schwächsten. Nur ein vereintes Europa hilft
7 uns aus der Krise – wenn wir uns jetzt alle einbringen und dafür kämpfen.

8 Es braucht Mut zu Veränderungen, um unser Land voranzubringen. Dazu gehört
9 zuallererst eine kritische Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik der
10 letzten drei Jahre: kritisch, aber konstruktiv, um aus den Fehlern zu lernen und
11 das gute Erreichte weiter zu stärken. Wir haben gelernt: Wir müssen den
12 Fortschritt erkämpfen. Mit vielen alten und neuen Verbündeten; die alten müssen
13 wir allerdings teilweise zunächst einmal zurückgewinnen.

14 Deshalb wollen wir weiter regieren. Dafür brauchen wir Partner*innen. Auch da
15 müssen wir aus unseren Fehlern lernen: Was inhaltlich erkennbar nicht
16 zusammengeht, bricht spätestens unter Druck auseinander, das Ergebnis haben wir
17 gerade mit der neoliberalen FDP erlebt. Unsere neue Partnerschaft muss darauf
18 gründen, dass sich heute vieles ändern muss, damit wir alle, hier und in der
19 Welt, auch morgen gut leben können. Wer mit uns koalieren will, der muss bereit
20 sein, bei zentralen Vorhaben entschieden mit voranzugehen.

21 Grüner 10-Punkte-Plan kompakt

22 1. Den Klimaschutz voranbringen: Kohleausstieg vollenden, Erneuerbare stärken,
23 Speicher schaffen, Netze und Vernetzung ausbauen, Verkehr neu denken.

24 Dennoch bedarf es weiterer großer Anstrengungen, unsere – aus dem Pariser
25 Abkommen resultierenden – verbindlich unterschriebenen Klimaschutzziele und
26 unser Ziel, 100% Erneuerbare Energie im Strombereich bis 2045 zu erreichen,
27 einzuhalten. Dazu müssen das Klimaschutzgesetz und die Sektorengrenzen wieder in
28 Kraft gesetzt werden. Jeder Sektor muss seinen Beitrag leisten, auch der
29 Verkehrssektor. Darum treten wir für eine Verkehrswende mit wirksamer
30 Tempobegrenzung ein und wollen ab 2035 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen.

31 Wir fördern den Ausbau des regionalen Schienenverkehrs. Wir werden das
32 erfolgreiche 49 -Euro-Ticket beibehalten und den ÖPNV ausbauen. Die
33 Infrastruktur-Defizite der Schiene müssen vorrangig abgearbeitet werden und die
34 Finanzierung dazu muss stehen. Flüge im Inland wollen wir besteuern. Da, wo es
35 parallel schnelle Zugverbindungen gibt, soll eine Extrasteuer hinzukommen.

36 Die Kernsäule der Energiewende, den Ausbau und die Nutzung erneuerbaren Energien
37 werden wir naturverträglich gestalten, weiter entbürokratisieren, kleine

38 dezentrale Einheiten fördern und die Strombörse reformieren und neue Techniken
39 wie grüner Wasserstoff, ausbauen.

40 Die Kernsäule der Energiewende, den Ausbau und die Nutzung erneuerbaren Energien
41 werden wir naturverträglich gestalten. Wir wollen kleine dezentrale Einheiten
42 fördern, den Ausbau von privat genutzter Photovoltaik, den Aufbau von
43 Speichersystemen vereinfachen und die Strombörse reformieren. Neue Techniken wie
44 grüner Wasserstoff, soweit dieser naturverträglich effizient angewandt werden
45 kann, ausbauen. .

46 2. Die Biodiversitätskrise endlich ernst nehmen: Naturschutz schützt Menschen!

47 Das Aktionsprogramm „Natürlicher Klimaschutz“ können wir als Erfolg für Klima
48 und Biodiversität verbuchen, denn Wälder und Moore schaffen zusätzlichen
49 Klimaschutz und nützen der Biodiversität. Auch der grüne Umbau der Städte dient
50 gleichzeitig Klimaschutz, Klimaanpassung und dem Erhalt von Natur und Arten.
51 Durch das Ziel und die Einführung der differenzierten Landnutzung und eines
52 Flächenverbrauchs von max. 20 ha pro Tag bis 2030 erhalten wir Böden, die
53 wirksam CO₂ speichern können und gleichzeitig Lebensräume für zahlreiche Arten
54 sind. Wir werden 2% Wildnisflächen zuverlässig ausweisen, den Biotopverbund
55 ausbauen und bei der Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme das Ziel von 20%
56 bis 2030 verpflichtend einhalten. Um mehr Akzeptanz in der Bevölkerung zu
57 erhalten, investieren wir mehr in Bildung für nachhaltige Entwicklung. Das
58 überragende öffentliche Interesse des Natur- und Artenschutzes wollen wir im
59 Bundesnaturschutzgesetz verankern. Den Ansatz die Natur als eigenständiges
60 Rechtssubjekt zu setzen werden wir unterstützen.

61 3. Landwirtschaft und Ernährung nachhaltig machen: Biolandwirtschaft und kleine
62 Höfe stärken!

63 Die Landwirtschaft wird vom Staat massiv finanziell gefördert, ist aber
64 mehrheitlich industriell ge-prägt. Sie ist beim Absatz ebenso abhängig von
65 großen Konzernen wie beim Bezug von Pestiziden, synthetischen Düngemitteln und
66 auf maximale Erträge gezüchtetem Saatgut. Für kleine Höfe gibt es derzeit zu
67 wenig Absatzmöglichkeiten und Hilfen. Dies führt zu sehr intensiver
68 Bewirtschaftung, Höfesterben und ökologischen und gesundheitlichen Probleme wie
69 Bodenverdichtung, Bodenerosion und Wasserbelastung, Artensterben und
70 Fehlernährung.

71 Die Verbindung von Landwirtschaft, Tierwohl, Naturschutz und Naherholung soll so
72 gefördert und honoriert werden, dass sich so betriebene Landwirtschaft
73 finanziell lohnt.

74 Wir werden die Agrarzahlen von der Fläche auf die Honorierung von Umwelt- und
75 Natur-schutzleistungen umorientieren und so staffeln, dass kleinere Betriebe
76 erhalten bleiben. Betriebe, die eine soziale, gentechnikfreie, ökologische und
77 tiergerechte Landwirtschaft praktizieren, werden von uns gefördert. Wir stärken
78 regionale Vermarktung, ermöglichen kleineren Betrieben Abnahmemöglichkeiten vor
79 Ort und verschaffen Landwirten eine bessere Verhandlungsbasis gegenüber großen
80 Konzernen und Ketten. Den Verkauf von Flächen zur Nahrungsmittelerzeugung an
81 Großinvestoren wollen wir im Inland wie im Ausland stoppen.

82 Durch strikte Anwendung des Lieferkettengesetzes verhindern wir, dass durch
83 unsere Ernährung ökologische oder soziale Probleme im Ausland entstehen oder
84 verschärft werden.

85 Der Ökolandbau stellt einen erprobten und bewährten Ansatz zur Lösung der
86 vielfältigen Herausforderungen und Probleme, mit denen die Landwirtschaft
87 konfrontiert ist, dar. Wir wollen den Anteil der Ökologischen Landwirtschaft
88 bis 2030 auf 30% erhöhen. Deshalb fordern wir die Stärkung der Bio-
89 Wertschöpfungskette auf vielfältige Weise, unter anderem indem wir die
90 Mehrwertsteuer für Biolebensmittel auf 1% senken und für konventionelle
91 Fleischprodukte den bisher reduzierten Mehrwertsteuersatz auf 19% anheben.

92 Wir werden die Haltungsbedingungen der Tiere verbessern und die Zahl der Tiere
93 in den Ställen reduzieren.

94 Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass
95 Betriebe, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Die
96 Deregulierung neuer gentechnischer Verfahren auf EU-Ebene müssen wir stoppen und
97 das aktuell geltende Gentechnikerrecht beibehalten, das die Umsetzung des
98 Vorsorgeprinzips, Risikoprüfungen, Rückverfolgbarkeit, Kennzeichnung und
99 Wahlfreiheit sichert und Koexistenzmaßnahmen für den Schutz der gentechnikfreien
100 Landwirtschaft bereits umfassend regelt.

101 Wir fördern durch Bildungsmaßnahmen gesundes Ernährungsverhalten auf
102 freiwilliger Basis.

103 4. Demokratie fördern: Für uns in Deutschland und in Europa!

104 Unser Gemeinwesen lebt von Menschen, die sich engagieren: In ehrenamtlicher
105 Arbeit in Vereinen und Verbänden, Parteien und gemeinnützigen Organisationen.
106 Diese müssen wir stärker honorieren. Und wir stärken die Zufriedenheit von
107 Menschen in unserer Demokratie, indem wir Beteiligungsformate auf kommunaler,
108 Landes- und Bundesebene unterstützen – vom Bürger*innenbegehren bis zu
109 Bürger*innenräten.

110 Um unsere Demokratie im Inneren zu schützen, müssen Polizei, Feuerwehr und
111 Zivilschutz weiter gestärkt werden. Hier stehen vor allem Maßnahmen zur
112 Prävention im Fokus. Um Polizei und Militär als schützende Institutionen von
113 Demokratie und Land nachhaltig zu stärken, werden wir autoritären Tendenzen in
114 ihnen entgegentreten und den/die Staatsbürger*in Uniform neu beleben.

115 Neben der Modernisierung der Bundeswehr ist der Ausbau des Katastrophenschutzes
116 Hauptaufgabe. Dies schützt uns sowohl im Verteidigungsfall wie auch bei
117 Naturkatastrophen.

118 Kritische Infrastruktur muss dazu dezentralisiert und ggf. in Bürger*innenhand
119 gelegt werden, ebenso wie die Erneuerbaren Energien, Netze und große Speicher.

120 Gegen rechtsradikale und autokratische Tendenzen in der EU werden wir mit allen
121 demokratischen Kräften in der EU gemeinsam vorgehen. Der erste Schritt wird ein
122 wirksames Unterbinden der Fakenews in den sog. „Sozialen“ Medien sein.

123 Eine Militarisierung der EU lehnen wir ab. Gemeinsame europäische
124 Rüstungsprojekte wollen wir insofern fördern, als Über- und Doppelrüstung in
125 Natostaaten vermieden wird. Langfristig sollen militärische Fähigkeiten national
126 wie europäisch abgebaut werden, gleichzeitig soll die UN gestärkt werden.

127 5. Familien stärken: Wir bekämpfen Kinderarmut und stärken Alleinerziehende!

128 Wir verbessern die Familienförderung mit weiteren zusätzlichen Milliarden Euro:
129 das grüne Familienbudget – mit allem, was dazugehört – stärkt nicht nur
130 Familien, sondern fördert auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und
131 Alleinerziehenden. Wir wollen mit 1% des Bundeshaushaltes für die
132 Familienförderung wie Kindergrundsicherung diese umsetzen und ausreichend
133 finanzieren. Jeder Cent hier ist eine Investition in eine gerechte und damit
134 stabile Gesellschaft. Wir werden ein massives Zukunftsinvestitionsprogramm für
135 Bildung und Teilhabe auflegen, damit jedes Kind auch in seiner Freizeit optimale
136 Förderung erfährt. Dafür werden wir die Verschuldungsregeln in der EU ändern und
137 die Schuldenbremse in Deutschland für Investitionen in die Zukunft öffnen.

138 6. Soziale Sicherheit schaffen: Klimageld einführen, „Tax the rich“ gestalten,
139 Wohnen bezahlbar machen

140 Als sozialen Ausgleich für die Kosten der Bürger*innen für die nötigen
141 Klimaschutzmaßnahmen setzen wir schnellstmöglich auf eine schnelle Einführung
142 des schon lange vereinbarten Klimageldes.

143 Wir bauen die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen
144 Bürgerversicherung für alle um, beenden die Zwei-Klassen-Medizin und
145 gewährleisten ein angemessenes Rentenniveau, in dessen Finanzierung wir alle
146 Bürger*innen einbinden. Eine der größten bisher ungenügend gelösten Aufgaben ist
147 die Wohnungsfrage. Wir wollen verstärkt Wohnen, Umnutzung und Neubauten
148 ökologisch ausrichten und nachhaltig bezahlbar machen. Wir wollen keine Flächen
149 in öffentlicher Hand mehr an Privat veräußern, sondern Genossenschaften,
150 Erbpacht und Gemeinwohlorientiertes Wirtschaften schützen und stärken. Die
151 ärztliche Versorgung inklusive Pflege wie die Vermietung von Wohnen trennen wir
152 vom börsenorientierten Wirtschaften.

153 Wir wollen mit „Tax the rich“, d.h. mit einer Reichen-, Erbschafts- und
154 Vermögensteuer, die oberen Einkommensklassen verstärkt in die Verantwortung für
155 unser Gemeinwesen einbinden. Vermögen ab 2 Millionen / Person zahlen 1%
156 Vermögensteuer.

157 Wir kämpfen für eine Mietenpolitik, die – auch in den großen Städten – Wohnungen
158 bezahlbar hält bzw. wieder bezahlbar macht. Dazu werden wir in den extremsten
159 Fällen bei Spekulationen und Mietwucher einschreiten und ggf. mit
160 Gewinnabschöpfung oder der Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände
161 regulierend eingreifen. Um die in den letzten drei Jahren deutlich gerissenen
162 Ziele an Wohnungsneubau zu erreichen, werden wir verstärkt die Sanierung von
163 Leerständen unterstützen und erleichtern.

164 7. Integration zum Erfolg führen, Geflüchtete schützen: Menschenrechte achten!

165 Wir reformieren das Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird,
166 ist deutscher Staatsbürger. Wir wollen durchsetzen, dass anerkannte Geflüchtete
167 ihre Familien nachholen dürfen. Menschenrechte und Asylrecht kennen keine
168 Obergrenze. Weitere Asylrechtsverschärfungen und vor allem Abschiebungen in
169 Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab. Weiteren Verschärfungen in dieser
170 Richtung, wie etwa Lager zur Beurteilung von Asylsuchenden außerhalb der EU-
171 Grenzen, erteilen wir eine scharfe und deutliche Absage. Auch für alle
172 Asylsuchende in Deutschland gilt der Artikel 1 des Grundgesetzes: „(1) Die Würde
173 des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung

174 aller staatlichen Gewalt“. Maßnahmen wie „Brot, Seife, Bett“ lehnen wir daher
175 entschieden ab.

176 8. Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben: Gleiche Bezahlung für gleiche
177 Arbeit!

178 Wir sorgen dafür, dass gleichwertige Arbeit endlich gleich bezahlt wird – egal,
179 ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird. Wir wollen erreichen, dass
180 diejenigen als Leistungsträger anerkannt und angemessen bezahlt werden, die
181 etwas für andere Menschen und die Gesellschaft leisten. Wir wollen
182 Diskriminierung aller Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und Queers
183 (LGBTIQ) endlich beenden.

184 9. Frieden sichern: Diplomatische Bemühungen ausbauen, weltweite Abrüstung
185 unterstützen

186 Der erdweite Klimawandel erfordert ein gemeinsames Handeln aller Nationen und
187 Menschen. Zugleich wird die internationale Ordnung durch Kriege zunehmend
188 geschwächt. Die Kriege kosten nicht nur unzählige Menschenleben, sie verhindern
189 auch, dass sich die internationale Gemeinschaft den großen Krisen gemeinsam
190 stellen kann.

191 Wir werden die Ukraine weiterhin auf allen Ebenen unterstützen, die es ihr
192 ermöglicht, Russland zu widerstehen. Das umfasst sowohl die Lieferung von
193 Abwehrwaffen wie auch den Ausbau einer dezentralen Infrastruktur wie die z.B.
194 die Energieversorgung. Wir treten gleichzeitig für verstärkte diplomatische
195 Bemühungen für einen sofortigen Waffenstillstand und einen tragfähigen,
196 gerechten Frieden ein.

197 Aber wir wissen auch, dass eine Hochrüstung uns einen fragilen, irgendwann
198 brechenden Frieden bringen wird – und somit im Endeffekt immer Krieg. Eine
199 militärfreie Welt ist unser Ziel. Im Übergang bedeutet das
200 Sicherheitspartnerschaften und Abrüstung. Dafür werden wir weiter die zivile
201 Krisenprävention ausbauen und nutzen. Wir setzen auf Deeskalationsstrategien zur
202 Lösung bzw. Einhegung von Konflikten. Unser Handeln zielt darauf, die aktuellen
203 Kriege zu beenden und in Friedensgespräche mit allen Beteiligten einzutreten.
204 Eine wirksame Diplomatie erfordert die Stärkung von UN, OSZE, AU und anderer
205 internationaler Bündnisse.

206 Eine Aufstellung von neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen lehnen wir ab.
207 Nicht jede militärische Fähigkeitslücke muss geschlossen werden, solange die
208 Nato Russland deutlich militärisch überlegen ist. Falls weitere Rüstungsschritte
209 auf unserer Seite unausweichlich sein sollten, sind diese immer mit einem
210 Abrüstungsangebot an Russland und gegebenenfalls China zu koppeln. Eine
211 Verpflichtung auf 2% oder mehr für den Militäretat lehnen wir deshalb ebenso ab
212 wie Schritte zur Wiedereinführung der Wehrpflicht. Wir schützen weiterhin das
213 Recht auf Kriegsdienstverweigerung und gewähren Deserteuren ein
214 Aufenthaltsrecht.

215 Wir werden weiterhin für restriktive Rüstungsexportregeln und
216 Endverbleibskontrollen streiten. Weitere Rüstungslieferungen an die Türkei
217 werden somit ausgeschlossen, solange sie auf syrischen Staatsgebiet Krieg gegen
218 von Kurden kontrollierte Regionen führt. Die Lieferung von Angriffswaffen an
219 Israel sind ausgeschlossen, solange sie in Gaza, Libanon und Syrien gegen
220 internationales Recht eingesetzt werden.

221 10. Fluchtursachen bekämpfen: Ökologische und soziale Standards weltweit
222 stärken!

223 Deutschland trug bisher mit seinem Anteil am Klimawandel und der Unterstützung
224 von Diktatoren und Autokraten sowie mit Rüstungsexporten an Diktaturen und in
225 Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche
226 Unterstützungen sowie die Rüstungsexporte mit einem verbindlichen, wirksamen
227 Rüstungsexportgesetz. Mit fairen Handelsabkommen stärken wir ökologische und
228 soziale Standards weltweit. Deshalb werden wir das Lieferkettengesetz, welches
229 für Unternehmen in der EU gilt, schnellstmöglich umsetzen und wollen es zum
230 weltweiten Standard für alle global agierenden Unternehmen machen.
231 Handelsabkommen wie das Mercosur-Freihandelsabkommen, die vornehmlich der
232 Industrie und den Großunternehmen Vorteile, den Arbeitnehmern und z.B. den
233 kleinen landwirtschaftlichen Betrieben Nachteile bringen, lehnen wir ab. Nur
234 eine Welt, in der alle Bewohner*innen nachhaltig gleichen Zugang zu sozialen wie
235 materiellen Ressourcen haben, ist ein Garant dafür, dass wir in Deutschland und
236 alle in der ganzen Welt dauerhaft ein gutes Leben führen können.

237 **Unser verbindliches Angebot zur Bundestagswahl**

238 Diese Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen – aber die wichtigsten.
239 Sie sind unser Maßstab für eine weitere Regierungsbeteiligung. Sie sind unser
240 verbindliches Angebot an Sie, die Bürgerinnen und Bürger. Wenn Sie die GRÜNEN
241 wählen, bekommen Sie dafür vollen Einsatz.

242 Wir wollen den Stillstand, die Unentschlossenheit und das Gegeneinander ablösen,
243 das die Ampel leider bot. Deshalb sind wir bereit, nach der Wahl mit allen
244 Parteien außer der in Teilen rechtsextremen AfD und der FDP – die sich selbst
245 disqualifiziert hat – über Interessenausgleich und Zusammenarbeit zu sprechen.
246 Das entspricht unserem Verständnis von Demokratie und Verantwortung.

247 Doch über mögliche Mehrheiten entscheiden Sie als Wählerinnen und Wähler. Je
248 stärker die GRÜNEN im nächsten Deutschen Bundestag und einer Bundesregierung
249 sind, umso mehr Gewicht haben wir auch, um diese Ziele durchzusetzen. Regieren
250 können und werden wir, wenn die Richtung stimmt, unsere Kernvorhaben umgesetzt
251 werden, unsere roten Linien nicht gerissen werden und wir uns auf die neuen
252 Partner verlassen können. Das ist unser Anspruch, um verantwortungsvoll mit
253 Ihrer Stimme umzugehen. Wenn unsere Kernvorhaben nicht umgesetzt werden können,
254 werden wir als Opposition für Veränderung und gesellschaftliche Mehrheiten
255 kämpfen. Sollte es erfolgreiche Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das
256 Ergebnis unseren Mitgliedern in einer Urabstimmung vorlegen.

257 Wir wollen eine moderne und ökologische, eine vielfältige und gerechte und vor
258 allem eine friedliche Gesellschaft erreichen, die Deutschland im Inneren und das
259 Wohl der Welt nicht aus den Augen verliert. Wer mit uns regieren will, muss
260 diesen Politikwechsel auf den Weg bringen.

261 Mit Mut in die Zukunft!

Begründung der Dringlichkeit

Es obliegt dem Bundeskanzler, den Prozess für Neuwahlen durch das Stellen der Vertrauensfrage einzuleiten, über die der Bundestag entscheidet. Die Abstimmung des Bundestages erfolgte am 16. Dezember 2024 und ergab, dass der Bundeskanzler nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages hat. Anschließend ist der Bundespräsident aufgerufen, sich mit der Auflösung des Bundestages zu befassen, dies tat er am 27.12.2025 mit der Ansetzung von Neuwahlen zum 23. Februar 2025. Beide Termin lagen nach der regulären Antragsfrist am Sonntag, 15. Dezember 2024. Die Entscheidung des Bundestages und die des Bundespräsidenten waren damit Ereignisse, die nach Antragsschluss gemäß § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Bundesversammlungen eingetreten ist. Damit begründet sich die Dringlichkeit dieses ergänzenden Antrags für ein „Grün-Pur-Papier“ ergänzend zum Bundestagswahlprogramm für die vorgezogenen Bundestagswahlen.

Begründung

Hinweis: Das Papier versteht sich NICHT als „Globalalternative“ zum Wahlprogramm, sondern als Ergänzung, als die Formulierung unserer Ziele „GRÜN PUR“!

Das vorliegende Papier umfasst unsere bei der Bundestagswahl und einer möglichen folgenden Regierungsbeteiligung grünen Zielvorgaben. Wir wissen alle, dass diese in der Koalition nur zum Teil erreichbar sein werden. Dennoch macht es Sinn, mit unseren Zielen Wahlkampf zu machen, damit die Wähler*innen wissen, dass davon mehr erreicht wird, wenn sie uns stärken. Einen Wahlkampf mit Zielrichtung ausschließlich auf mögliche Koalitionsverhandlungen halten wir weder für zielführend noch für Wähler*innen-Stimmen optimierend. Er nähme die Wähler*innen nicht mit und würde uns schwächen.

weitere Antragsteller*innen

Anna Katharina Boertz (KV Celle); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Mario Hüttenhofer (KV Konstanz); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Matthias Henneberger (KV Wunsiedel); Claudia Laux (KV Coburg-Land); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Raymund Messmer (KV München-Land); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Walther Moser (KV Freiburg); Walter Zuber (KV Aurich-Norden); Dorothea Martin (KV Barnim); Thomas Mohr (KV München); Angelika Aigner (KV Traunstein); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Hildegund Kingreen (KV Hagen); Andreas Müller (KV Essen); sowie 54 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

D Dringlichkeitsantrag: Bürgerfonds für bezahlbaren Wohnungsbau

Antragsteller*in: Karin Abenhausen (KV Celle)

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Die zu geringe Zahl verfügbarer bezahlbarer Wohnungen und Sozialwohnungen
2 potenziert sich rapide. Ein Bürgerfonds für Wohnungsbau, der Kommunen
3 finanzielle Mittel für bezahlbaren Wohnungsbau zur Verfügung stellt, schafft
4 Abhilfe. Die Kommunen ermitteln den Finanzbedarf und stellen Baugrund auf
5 Erbpacht zur Verfügung, sind General-Vermieter und verpflichten sich zur
6 Zinszahlung aufs eingesetzte Kapital. Der Bund finanziert über Förderprogramme
7 den Erwerb von Baugrund. Die Immobilien bleiben Eigentum des Bürgerfonds,
8 Spekulation durch Verkauf ist ausgeschlossen. Kommunen können so bedarfsgerecht
9 bauen, ohne Eigenmittel einsetzen zu müssen und behalten den Grund und Boden in
10 eigener Hand. (Ein detaillierteres Konzept liegt vor). Mieter haben dauerhafte
11 Sicherheit, Sozialbindung bleibt dauerhaft bestehen.

Begründung der Dringlichkeit

Das Konzept liegt der Antragstellerin erst seit kurz vor Weihnachten vor, als die Fristen für einen normalen Antrag schon verstrichen waren. Es ist eine notwendige Ergänzung für das Wahlprogramm 2025 zum Thema "Für bezahlbares Wohnen" auf Seite 32/33, da es einen finanzierbaren Lösungsansatz enthält. Daher die Dringlichkeit.

weitere Antragsteller*innen

Annette Schmahl (KV Celle); Andreas Vogt (KV Celle); Lea-Christin Wittkowski (KV Celle); Friederike Hansmann (KV Celle); Hans Röttgers (KV Celle); Karin Robel (KV Celle); Ellen Stucke (KV Celle); Ellen Hagemann (KV Celle); Tobias Stingel-Boecking (KV Celle); Andreas Lechner (KV Celle); Nico Beckemeier (KV Celle); Daniel Wagner (KV Celle); Annedore Söchting (KV Salzland); Sigrid Hestermann (KV Celle); Christoph Behnke (KV Stade); Olaf Schauer (KV Celle); Johanne Gerlach (KV Celle); Jens Polster (KV Celle); Marlene Rathgeber (KV Paderborn); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.